

Grenzen der Ressourcensouveränität

Extraktivismus und Proteste in Nordafrika

Kressen Thyen¹

Als der algerische Präsident Houari Boumedienne 1974 die 6. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen (UN) eröffnete, betonte er die Kontrolle der unabhängigen Staaten über ihre natürlichen Ressourcen als zentrales Anliegen der Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIEO). Tatsächlich galt die Kombination aus Souveränität und Ressourcen in den damaligen Debatten als Schlüssel für die Befreiung der ehemaligen Kolonien aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Kolonialmächten sowie ihrer Bevölkerungen aus der Armut. Bereits in den 1950er Jahren hatte eine Initiative des Globalen Südens die ständige Souveränität über natürliche Ressourcen (*permanent sovereignty over natural resources*) gefordert (Boysen 2014). 1962 erkannte die UN-Generalversammlung diese Forderung an, die sollte nun zur Grundlage der NIEO werden. Konkret ermöglichte dieses Prinzip den postkolonialen Regierungen, die Vermögenswerte ausländischer Investoren zum öffentlichen Nutzen und gegen »angemessene Kompensation« zu enteignen (UN 1962). In allen Staaten Nordafrikas kam es daraufhin zu einer Rückführung von während der Kolonialherrschaft enteignetem Agrarland in nationale Hände. Darüber hinaus verstaatlichten Regierungen die wesentlichen Erdöl-, Erdgas- und Bergbauindustrien. Ziel dieser zentralen Aneignung natürlicher Ressourcen war es, die daraus entstehenden Einnahmen ausländischen Investor:innen zu entziehen und zugunsten der Entwicklung des jeweiligen Landes sowie des Allgemeinwohls seiner Bevölkerung einzusetzen.²

1 Ich bedanke mich bei Mohamed Alloui, studentischer Mitarbeiter an der Universität Bremen, für die Hintergrundrecherchen zu diesem Beitrag. Der Beitrag wurde gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) – Projektnummer 374666841 – SFB 1342.

2 Siehe hierzu ausführlicher Gilbert 2013; Khoday 2013; Boysen 2014; Feichtner 2016.

Diese Ziele wurden nur teilweise erreicht. Trotz der Ressourcensouveränität vermochten es die nordafrikanischen Staaten nie, dem neokolonialen Wirtschaftsmodell – gekennzeichnet durch exportorientierte Ressourcenextraktion und eine geringe wirtschaftliche Diversifizierung – gänzlich zu entkommen: Nordafrikas Rolle in der Weltwirtschaft besteht bis heute in der Ausbeutung und dem Export natürlicher Ressourcen. Das betrifft Erdöl und Gas in Algerien und Tunesien, Phosphate in Marokko und Tunesien und Edelmetalle in Marokko. Außerdem trägt die Übernutzung von Agrarland und Grundwasser im Rahmen der exportorientierten Bewässerungslandwirtschaft und in Kombination mit dem wasserintensiven Tourismus in Marokko und Tunesien zu einer Verödung weiter Landstriche bei. Dieses auch als Extraktivismus bezeichnete Wirtschaftsmodell hat zahlreiche sozioökologische Folgen, darunter Naturzerstörung, gesundheitliche Belastungen und landesweite Unterbrechungen der Trinkwasserversorgung.³ Zudem generieren die modernen extraktiven Industrien im Vergleich zu anderen Sektoren wenig direkte oder indirekte Beschäftigung vor Ort. Das führt zu dem Widerspruch, dass trotz des relativen Ressourcenreichtums ein Großteil der lokalen Bevölkerungen in Armut lebt (Hamouchène 2019).

Betroffen von den mannigfaltigen Krisen sind insbesondere die ländlichen *working poor*, also Kleinbäuer:innen, landlose Arbeiter:innen, Fischer:innen und junge Arbeitslose. Bei diesen regt sich zunehmend Widerstand in Form von Protesten. Gegenstand der Proteste sind sowohl die konventionelle Rohstoffextraktion als auch der Land- und Wassermangel, der durch den Ausbau wasserintensiver Exportlandwirtschaft sowie Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien hervorgerufen wird. Auch wenn sich die Proteste je nach natürlicher Ressource und Zielsetzung unterscheiden – so stehen etwa Forderungen für die Erschließung weiterer Rohstoffvorkommen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze solchen *gegen* Umweltverschmutzung, Landenteignungen und Wasserknappheit gegenüber –, ist ihnen eines gemein: die Verknüpfung materieller Forderungen mit Erfahrungen der *hogra*. Dieser Begriff aus dem nordafrikanischen Dialekt des Arabischen umschreibt Unterdrückung, Ungleichbehandlung und Herabwürdigung von Machtlosen durch »die Mächtigen« (Hannoum 2020: 35). Als Mächtige gelten dabei neben Vertreter:innen

3 Dieser Beitrag versteht unter Extraktivismus den massiven Abbau (meist) unverarbeiteter natürlicher Ressourcen für den Export, der sich an der Nachfrage der Industrieländer orientiert. Der Extraktivismus erstreckt sich vom Abbau von Bodenschätzen über die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei bis hin zum Tourismus (Acosta 2018).

des Staates alle, welche die bestehende Ordnung unterstützen oder von ihr profitieren. Nicht selten ziehen Protestierende dabei Parallelen zur kolonialen Ausbeutung und drücken damit ihren Missmut darüber aus, dass historische Prozesse nach dem Zweiten Weltkrieg (wie antikolonialer Widerstand, Staatsgründung, binnenzentrierte Entwicklung oder die Institutionalisierung der staatlichen Ressourcensouveränität) nicht zum erhofften Maß an konkreter, spürbarer Souveränität im Sinne von Selbst- und Mitbestimmung führten (Allal/Bennafla 2011; Belakhdar 2015; Hamouchène 2019).

Die Proteste decken die theoretischen und faktischen Grenzen dessen auf, was seinerzeit mit dem Prinzip der Ressourcensouveränität erzielt werden sollte: Vor 50 Jahren sah man die Lösung gegen koloniale Ausbeutung und Entmachtung noch darin, entscheidende Ressourcen der Kontrolle ausländischer Investor:innen zu entziehen und sie unter staatliche Souveränität zu bringen. Entgegen den ursprünglichen Erwartungen verhalf der Ressourcennationalismus den progressiven Ideen und Programmatiken der postkolonialen Bewegung jedoch mitnichten zur Geltung. Stattdessen führte er zum erwähnten staatszentrierten Extraktivismus, gegen dessen negative Folgen heutige Protestbewegungen nun kämpfen. Im Folgenden möchte ich zunächst skizzieren, wie es hierzu kommen konnte. Anschließend beleuchte ich aktuelle Ressourcenproteste in Algerien, Marokko und Tunesien. Davon ausgehend diskutiere ich die Grenzen einer auf Staat und Markt bezogenen Auffassung von Ressourcensouveränität und plädiere für ein zeitgemäßes, lokal orientiertes Verständnis dieser Souveränität.

Das Prinzip der Ressourcensouveränität und der extraktive Staat

Das heutige extraktivistische Wirtschaftsmodell der nordafrikanischen Staaten steht in direkter Kontinuität der kolonialen Wirtschaftspolitik Frankreichs in Nordafrika, die auf zwei Säulen ruhte: erstens der Erschließung und Ausfuhr von Bodenschätzen und zweitens dem Ausbau einer exportorientierten Landwirtschaft (Saul 2016). Konkret bestand das koloniale Modell darin, zugunsten der Bedürfnisse der Wirtschaft in den kolonialen Metropolen lokale Ressourcen aus den Kolonien abzuschöpfen. Dementsprechend war die vorwiegend privatisierte Exportstrategie von französischen Investor:innen, Siedler:innen und nationalen Eliten dominiert. Diese vereinnahmten die wirtschaftlichen Gewinne für sich. Diese Politik wurde von erheblichen sozialen Umbrüchen begleitet. Das gilt insbesondere für die Erbauung von

Bergbaustädten in zuvor dünn besiedelten Gebieten sowie die massenhafte Enteignung nordafrikanischer Kleinbäuer:innen mit der Folge einer rapiden Urbanisierung und Proletarisierung der nordafrikanischen Gesellschaften (Berque 1961). Gleichzeitig führte die Umverteilung kolonialstaatlicher Ressourcen von den ländlichen, inneren Landesregionen in die reichen, von Siedler:innen bewohnten Küstenstädte zu erheblichen soziogeografischen Ungleichheiten (Zghal 1965). Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass die Debatte um die Nationalisierung von Ressourcen – einschließlich enteigneten Agrarlands – bereits in den Unabhängigkeitsbewegungen ihren Widerhall fand (Ajl et al. 2021).

Nach der staatlichen Unabhängigkeit erhoben die vom antikolonialen Kampf geprägten Regierungen die Forderung nach Ressourcensouveränität zum Programm. Ausgehend vom 1962 durch die UN anerkannten Prinzip der Ressourcensouveränität unternahmen die unabhängigen Regierungen erste Landreformen – Algerien 1962, Marokko 1963 und Tunesien 1964 (El Nour 2022). In diesen Landreformen verstaatlichten die Regierungen wesentliche Bodenschätze, die sich bis dahin maßgeblich in französischer Hand befanden, insbesondere die Phosphatminen in Tunesien 1961 und die Erdölfelder in Algerien 1971 (Naylor 2000; Ghilès/Woertz 2018).⁴ In den folgenden Jahrzehnten wurden die Gewinnung von Bodenschätzen und der Ausbau bewässerter Landwirtschaft zu zentralen Merkmalen nordafrikanischer Entwicklungspolitik. Bis in die 1970er Jahre hinein setzten die Regierungen auf Exporterlöse, um ihre jeweilige Wirtschaft zu diversifizieren und ihre wohlfahrtsstaatlichen Versprechen einlösen zu können. Algerien und Tunesien konnten von einem Anstieg der internationalen Ölpreise profitieren. Daher kam es insbesondere in dieser Zeit zu einem beeindruckenden Ausbau des öffentlichen Bildungs- und Gesundheitswesens sowie der allgemeinen Strom- und Wasserversorgung.

Tatsächlich stieß dieses Entwicklungsmodell jedoch bald an seine Grenzen. Bereits in den 1960er Jahren gab es erste Anzeichen, dass die staatliche Ressourcensouveränität alleine die ungleichen Wirtschaftsverhältnisse nicht auszugleichen vermochte. Einerseits blieben die nordafrikanischen Staaten

4 In Marokko, das damals ein formell eigenständiges Protektorat Frankreichs war, wurden die Phosphatvorkommen bereits 1920 unter Generalresident Lyautey verstaatlicht, um die private Konkurrenz um Konzessionen zu beenden und die französische Vormachtstellung zu sichern (Avermaete 2012).

beim Ausbau der verarbeitenden Industrien weiterhin stark von ausländischem Kapital abhängig. Andererseits waren die regionalen Ökonomien aufgrund der geringen Diversifizierung verstärkt anfällig für schwankende Weltmarktpreise. Nur in Ausnahmefällen konnten produzierende Staaten diese einseitig bestimmen, wie etwa die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) nach 1973.

Die postkoloniale Vision der NIEO setzte genau hier an, indem sie das Prinzip der Ressourcensouveränität an die Schaffung weiterer Bedingungen knüpfte. Unter diesen sollten die unabhängigen Staaten nicht nur selbst über ihre Ressourcen bestimmen, sondern diese auch selbst ausbeuten und vermarkten können: Zum Programm der NIEO gehörten Technologietransfers, Finanzhilfen und Reparationszahlungen (Boysen 2014). Diese Forderungen wurden jedoch nie erfüllt und die Nord-Süd-Beziehungen diesbezüglich nie reformiert. Stattdessen stärkten die Liberalisierung des internationalen Handelsregimes und die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) den Status ausländischer Direktinvestitionen. Zudem schränkten neue internationale Standards für Exportprodukte die jüngst erkämpfte Ressourcensouveränität faktisch ein (Feichtner 2016). Aufgrund dieser Entwicklungen konnten die unabhängigen Regierungen weder die angestrebte wirtschaftliche Diversifizierung erreichen, noch die strukturelle Ungleichheit zwischen Ländern des Globalen Nordens und jenen des Globalen Südens überwinden.

Diese Prozesse auf internationaler Ebene wurden begleitet von innerstaatlichen Veränderungen, durch die sich globale in lokale Ungleichheiten übersetzten. Tatsächlich boten weder das Prinzip der Ressourcensouveränität noch die NIEO eine Antwort auf die Frage, ob und wie in den Staaten je eine sozial nachhaltige Umverteilung zu erreichen sei. Bestrebt, die jüngst erreichte politische Unabhängigkeit durch wirtschaftliche Souveränität im Sinne einer binnenzentrierten Industrialisierung zu ergänzen, spiegelte die NIEO in erster Linie den Wunsch der aufstrebenden Führungsschichten des Globalen Südens wider, ihren Einfluss innerhalb der vom Globalen Norden dominierten Weltwirtschaft neu auszuhandeln (Özsu 2023; Veit/Fuchs in diesem Band). Anders als ursprünglich erwartet brachte der damit einhergehende Ressourcennationalismus nicht sozioökonomische Entwicklung und Gleichheit, sondern führte zu nicht demokratischen Bündnissen zwischen Eliten in Staat und Wirtschaft. Nach dem Scheitern importsubstituierender Wirtschaftsmodelle schwenkten ab den 1970er Jahren alle nordafrikanischen Regierungen – wenn auch in Ausmaß und Geschwindigkeit unterschiedlich – auf einen neuen wirtschaftsliberalen und innenpolitisch autoritären

Kurs ein. Diese von starkem Klientelismus begleitete Regierungspolitik brachte erhebliche sozioökonomische Ungleichheiten mit sich. Diese verfestigten das in der Kolonialzeit entstandene Gefälle zwischen reichen (Küsten-)Städten und marginalisiertem Landesinneren und verstärkten es teilweise sogar noch (Mills/Alhashemi 2018).

In den 1980er Jahren vertieften Politiken der wirtschaftlichen Liberalisierung den Bruch zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Ansprüchen an Souveränität und Entwicklung noch. Während Letztere nach wie vor Selbstbestimmung und soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund stellten, forderten staatliche Strukturanpassungsprogramme (Teil-)Privatisierungen gewichtiger Sektoren sowie einen Abbau von Investitions- und Handelsbeschränkungen. Das begünstigte die Konzentration von nationalem Kapital in den Händen weniger Großunternehmer:innen, die zudem eng mit den Staatseliten verbunden waren, aber auch eine erneute Öffnung des Rohstoff- und Agrarsektors für transnationale Investitionen. Das hatte wiederum eine Verflechtung staatlicher und privater sowie nationaler und transnationaler Interessen zufolge. Die technologische und finanzielle Aufwertung der Exportbranchen sollte genau diese Interessen bedienen. Letztlich wurden nordafrikanische Unternehmen (auch staatliche) damit selbst zu Akteur:innen des internationalen Extraktivismus – ganz entgegen der an die Ressourcennationalisierung gekoppelten Wohlfahrtsversprechen.⁵

Für die nordafrikanischen Gesellschaften hatte die internationale (Re-)Priorisierung des Marktes über Fragen globaler sozialer Gerechtigkeit tiefgreifende Konsequenzen. Einsparungen im öffentlichen Sektor, kombiniert mit einer zunehmenden Mechanisierung, kosteten viele Arbeitsplätze. Zudem beraubte die (Teil-)Privatisierung der Staatsunternehmen große Teile der

5 Die Ressourcenextraktion durch nordafrikanische Unternehmen beschränkt sich heute längst nicht mehr auf die eigenen Länder. Die marokkanische Minengesellschaft Managem (Teil der königlichen Holdinggesellschaft Al Mada, vormals Société Nationale d'Investissement, SNI) baut beispielsweise unter Beteiligung der chinesischen Gruppe Wanbao in fünf afrikanischen Ländern Edelmetalle ab. Das staatliche Phosphatunternehmen Office Chérifien des Phosphates (OCP) ist sogar auf fünf Kontinenten präsent, unter anderem in Joint Ventures mit Unternehmen aus Deutschland, Belgien, Spanien, den USA und den Vereinigten Emiraten (OCP o.). Hinzu kommen zahlreiche Tochtergesellschaften, davon alleine zwölf auf dem afrikanischen Kontinent (OCPA 2019). Die Cevital, ein im Agrar- und Lebensmittelsektor führendes algerisches Firmenkonglomerat, besitzt Subunternehmen in Frankreich, Italien und Spanien. Zudem ist es in Brasilien, Dschibuti und Malaysia aktiv (Cevital o.).

Arbeiter:innenschaft der vergleichsweise großzügigen Sozialversicherung des öffentlichen Dienstes (Camau 1997). Das tunesische Staatsunternehmen Compagnie des Phosphates de Gafsa (CPG) beschäftigte 2010 nur noch ein Drittel so viele Beschäftigte wie in den 1980er Jahren (Allal/Bennafla 2011). Gleichzeitig untergräbt die von Entwicklungsinteressen getriebene Rohstoffgewinnung zunehmend die ökologischen Lebensgrundlagen in den Minenregionen von Kleinbäuer:innen. So geht die Neuerschließung von Ressourcen verstärkt mit zerstörerischen Abbaumethoden wie offenem Tagebau oder Fracking einher. Der hohe Wasserbedarf der Minen, aber auch des Obst- und Gemüseanbaus für den europäischen Markt, erhöht angesichts ohnehin knapper werdender Wasservorkommen den Wassermangel. Zudem nahmen seit den 2000er Jahren Landenteignungen für Investitionsvorhaben in öffentlich-privater Partnerschaft zu. In Marokko etwa führten Umwidmungen von Staatsland und Allmenden durch die nationale Behörde für Ländliche Entwicklung in den vergangenen 20 Jahren zu einer enormen Umverteilung von Landbesitz und Landnutzung. Der größte Anteil des Landes ging dabei an Phosphatunternehmen, gefolgt von Bauinvestoren und landwirtschaftlichen Großbetrieben (Mahdi 2018). All dies steigert das Potenzial sozialer Verwerfungen, was sich an einer starken Zunahme ländlicher Proteste zeigt.

Ressourcenbezogene Proteste in Nordafrika

Die Rohstoffextraktion in Nordafrika war schon immer von Verteilungskonflikten begleitet. Doch in den letzten 15 Jahren haben diese Ressourcenkonflikte deutlich an Intensität gewonnen. Dies ist auf eine generelle Verschärfung sozioökonomischer Lebenslagen zurückzuführen. Auch manifestieren sich wiederkehrende Hitze- und Trockenperioden im Rückgang von Grundwasserspiegeln, weshalb sich mit der thematischen Anerkennung von Klimawandel und ökologischen Veränderungen auch die Wasserfrage neu stellte. Neben diesen strukturellen Bedingungen waren vor allem die arabischen Massenproteste von 2010/2011 mit ihrem Anspruch an soziale Gerechtigkeit und Selbstbestimmung ein wichtiger Treiber für die Verschärfung der Ressourcenkonflikte. So gelten etwa in Tunesien die Aufstände in der Phosphatstadt Gafsa 2008 gar als Vorläufer des sogenannten Arabischen Frühlings, der Ende 2010 in der agrarischen, von Enteignungen betroffenen Kleinstadt Sidi Bouzid begann (Fautras 2015).

Trotz der politischen Bedeutung der Ressourcenkonflikte wäre es falsch, auf eine vereinte antiextraktivistische Bewegung zu schließen. Tatsächlich handelt es sich um heterogene, oft sehr lokale Proteste, die sich entlang dreier Konfliktlinien entzünden (siehe hierzu auch Feichtner 2016): Erstens angesichts flagranter soziogeografischer Ungleichheiten an der Verteilung der Gewinne aus der Ressourcenabschöpfung. Zweitens an der Art der Ressourcenabschöpfung, insbesondere wenn diese mit Naturzerstörung und Menschenrechtsverletzungen einhergeht und drittens an der Frage, ob und in welchem Ausmaß natürliche Ressourcen überhaupt abgeschöpft werden sollten. Dabei ist es wichtig zu sehen, dass Ziele, Intensität und Verlauf der Auseinandersetzungen je nach Ressource (Erdöl, Erdgas, Phosphate, Land, Wasser) sowie je nach der materiellen und kulturellen Bedeutung ebendieser für die Bevölkerung variieren. Gemein ist allen Protesten jedoch die Forderung nach Mitbestimmung bei der Ausbeutung und Nutzung vorhandener natürlicher Ressourcen – seien es Bodenschätze, Agrarflächen oder Wasservorkommen. Im Folgenden beleuchte ich drei unterschiedliche Ressourcenproteste: Erdöl- und Gasproteste, Phosphatproteste sowie Land- und Wasserproteste. Davon ausgehend zeige ich die Grenzen der Ressourcensouveränität auf, wie sie in der NIEO angedacht war.

Erdöl- und Gasproteste

Konflikte im Zusammenhang mit der Erdöl- und Gasgewinnung entzünden sich in erster Linie an der Frage, wem die daraus resultierenden Gewinne zustehen und wie diese innerhalb der Bevölkerung verteilt werden sollten. Diese Konflikte sind in der algerischen Sahara besonders ausgeprägt, deren Einwohner:innen trotz der reichen Rohstoffvorkommen überdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Bereits 2004 forderte eine Delegation von Vertreter:innen mehrerer Städte der Region daher die Priorisierung lokaler Einwohner:innen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, ein von gewählten Vertreter:innen kontrolliertes Entwicklungsprogramm für die Region sowie den Stopp der Teilprivatisierung des staatlichen Ölkonzerns Sonatrach. Diese »Bewegung der Kinder des Südens«, wie sie sich nennt, sah sich harter Repression ausgesetzt, was wiederum neue Proteste hervorrief – friedliche wie gewaltsame. Spätestens als 2013 in Ouargla eine Massendemonstration gegen *hogra*, als soziale Ungerechtigkeit erlebte Arbeitslosigkeit und die Vergabe privater Bohrlizenzen stattfand, erhielt die Bewegung landesweite Aufmerksamkeit (Belakhdar 2015).

Mit der Bekanntgabe von Plänen zur Erschließung von Schiefergasfeldern in Salah im Dezember 2014 nahmen die Proteste auch eine ökologische Dimension an. Slogans wie »Verlasst uns, (aber) tötet uns nicht!« oder »Die Unbarmherzigkeit der Natur reicht uns aus« verbreiteten sich in mehreren Städten und betonten die befürchteten gesundheitlichen und ökologischen Konsequenzen des Frackings in einer bereits marginalisierten und vom Klimawandel bedrohten Region (Echorouk Online 2015). Dennoch weitete Sonatrach seine Zusammenarbeit mit transnationalen Unternehmen weiter aus, darunter der deutsche Gas- und Ölproduzent Wintershall Dea (Sonatrach 2020). Dies führte im Sommer 2021 zu einer erneuten Protestwelle. Die zunächst friedlichen Proteste entwickelten sich zu gewaltsamen Aufständen, nachdem ein führender Aktivist wegen vermeintlicher Anstiftung zu Terror verurteilt worden war. Zur Befriedung der Bewegung schaltete die Regierung einen nationalen Ombudsmann ein, der eine Lösung mit den Protestierenden verhandeln sollte (Daoudi 2021). Derlei Mediationsbemühungen konnten jedoch nicht verhindern, dass die andauernden Proteste insgesamt sowohl von einem Anstieg staatlicher Repression als auch von Militanz innerhalb der sozialen Bewegungen begleitet werden (Ghanem 2021). Dies offenbart ein Dilemma nordafrikanischer Autokratien: es kann durchaus zu einer Überlagerung und Kumulation verschiedener Protestbewegungen kommen, die sich letztlich sowohl gegen die Ressourcenextraktion als auch gegen den Staat richten.

Auch wenn die Erdölförderung in Tunesien im Vergleich zu Algerien wirtschaftlich weniger bedeutend und größtenteils in privater Hand ist, zeigen sich dort ähnliche Protestdynamiken. Hier starteten Bewohner:innen der Region Tataouine 2015 die Kampagne »Wo ist das Öl?«, in der sie die privaten Öl- und Gasunternehmen des Nepotismus und der Verschleierung des wahren Werts ihrer Abbaustätten beschuldigten. Zwei Jahre später besetzten Demonstrant:innen eine Ölanlage in Kamour und forderten eine gerechte Verteilung der Einnahmen. Insbesondere verlangten sie eine Reinvestition von 20 Prozent der Profite in der Region, dazu die rechtlich bindende Auflage für Unternehmen, mindestens 4.500 Arbeitsplätze zu schaffen, einmalige Investitionen in Höhe von umgerechnet 40 Millionen Euro in die öffentliche und soziale Infrastruktur, einen Entwicklungsfonds sowie die Überprüfung und Neuverhandlung aller Konzessionen (Altarhoni 2017). Nach drei Monaten Blockade, die zu erheblichen Gewinneinbußen führte, erklärte die tunesische Regierung alle strategischen Ölgewinnungsstandorte zu Militärzonen. Nachdem Militärs einen Demonstranten getötet hatten, stimmte die Regierung den Forderungen der Protestbewegung zu (McCarthy 2022). Die Regierung hielt ihre

Versprechen jedoch kaum, was 2020 erneute Proteste und Blockaden hervorrief. Erst als transnationale Ölunternehmen mit einer Rückgabe ihrer Konzessionen drohten und erste Lohnsenkungen vornahmen, kam es schließlich zu einer erneuten Einigung zwischen Protestbewegung und Regierung (Meddeb 2021).

Ebenso wie in Algerien bekommen auch in Tunesien die Erdöl- und Gasproteste zunehmend eine umweltpolitische Dimension. Dies ist insbesondere auf den Inseln von Kerkennah zu beobachten, wo in den 1990er Jahren Öl- und Gasförderplattformen errichtet worden waren. Die Betreiber:innen sind wie in Tataouine private, meist transnationale Unternehmen, wobei der Staatsbetrieb *Entreprise Tunisienne d'Activités Pétrolières (ETAP)* 50 Prozent der Anteile hält. Größere Proteste brachen hier 2016 aus, nachdem eines der ansässigen Ölunternehmen seine Zahlungen in einen Entwicklungsfond zur Schaffung lokaler Arbeitsplätze einstellte (Feltrin 2018). Im selben Jahr kam es zu einer Ölpest, die für die Bevölkerung umso dramatischer war, als viele der ansässigen Familien vom Fischfang leben und sich seit der Erschließung der Bohrstandorte zunehmend ihrer Lebensgrundlagen beraubt sehen. Die Aussichten der betroffenen Fischer:innen auf eine erfolgreiche Klage zerschlugen sich, woraufhin das verantwortliche Unternehmen zum Ziel wütender Proteste wurde. Die Regierung schickte den Umweltminister persönlich auf die Inseln, um einer Eskalation und Radikalisierung der Proteste vorzubeugen (Robert 2021). Die ursprünglich heterogenen Proteste vereinten sich zu einer kollektiven Protestfront, die Forderungen nach lokalen Arbeitsplätzen in der Ölindustrie sowie nach mehr Naturschutz in einem neuen Protestziel zusammenführte. Die Protestierenden forderten nun eine nachhaltigere und für die Bevölkerung profitablere Nutzung der Öl- und Gasvorkommen.

Phosphatproteste

Heftige Proteste entzündeten sich auch am Phosphatabbau in Marokko und Tunesien.⁶ Die beiden staatlichen Phosphatunternehmen gehören zu den größten Arbeitgebern des Landes. Dennoch generiert die Phosphatindustrie nur in

6 Marokko verfügt über die weltweit größten Phosphatvorkommen und steht bei der Produktionsmenge weltweit an zweiter Stelle hinter China. Tunesien nahm vor 2011 Platz 5 ein. Nachdem Proteste zu Produktionsausfällen führten, fiel das Land jedoch auf Platz 10 ab (Pistilli 2022).

begrenztem Maße Wohlstand und Arbeitsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung – gerade im Vergleich zur Ölbranche, in der Staaten weitaus höhere Gewinne erzielen, die sich prinzipiell umverteilen ließen. Die Menschen, die in den Phosphatabbauregionen leben, sind überproportional von den gesundheitlichen und ökologischen Folgen des Abbaus betroffen, insbesondere nach der Umstellung von Unter- auf Übertagebau in den 1990er Jahren (Hibou 2015).

Der Hauptkonflikt um die Phosphatindustrie, der die Protestdynamik bestimmt, entzündete sich ähnlich wie bei der Ölindustrie an der Frage der Verteilung der Gewinne sowie der Schaffung lokaler Arbeitsplätze. In Tunesien legten die sogenannten großen Gafsa-Aufstände zwischen 2008 und 2009 erstmals die gesamte Phosphatindustrie lahm. Sie wurden ausgelöst von Vorwürfen korrupter Einstellungspraktiken. Von der Heftigkeit der Proteste überrascht, riegelte die Polizei die beteiligten Gemeinden in einem Quasi-Belagerungszustand sechs Monate lang ab (Chouikha/Gobe 2009). Seit den Umbrüchen 2011 wurden in der Region wiederholt Minen und Fabriken besetzt. Die Minen in Oum Laarayes und Redeyef standen knapp ein halbes Jahr lang still. Dies beeinträchtigte die Phosphatproduktion derart, dass der Rohstoff vorübergehend importiert werden musste (Blaise 2020a). Um die Proteste zu befrieden und die Produktion in einer angespannten wirtschaftlichen Lage wieder aufnehmen zu können, stellte die tunesische Regierung Tausende junge Arbeitslose auf fiktiven Stellen ein – also ohne konkrete Arbeitsaufgaben. Alleine das Staatsunternehmen CPG schuf 8.000 solcher Stellen, sodass es 2018 schätzungsweise 13.500 Arbeiter:innen beschäftigte, ohne dass dies wirtschaftlich gerechtfertigt gewesen wäre (Boumiza 2018).

In Marokko ist eine ähnliche, wenngleich weniger dramatische Dynamik beobachtbar. Khouribga, wo sich die größte Phosphatmine des Landes befindet, wurde zur Hochburg der Proteste gegen den Staatskonzern OCP Group. Die friedlichen Demonstrationen vorwiegend junger Arbeitsloser gingen hier teilweise in gewaltsame Ausschreitungen und Blockaden zentraler Güterbahnstrecken über. Auch die marokkanische Regierung reagierte mit einer Mischung aus Repression und der Schaffung (teils fiktiver) Arbeitsplätze, um die Proteste einzudämmen.

Neben Verteilungskonflikten spielten auch beim Phosphatabbau Umweltkonflikte eine zunehmende Rolle. Diese haben ihren Ursprung in den 1980er Jahren. Exemplarisch für Marokko ist dabei die Stadt Safi, der Standort einer weiterverarbeitenden Phosphatfabrik. Hier führten mehrere Chemieunfälle zu erheblichen Umweltschäden mit schwerwiegenden Folgen für landwirtschaftliche Aktivitäten, darunter auch den Fischfang. Die lokale Bevölkerung

leidet in einem hohen Maß an Krebserkrankungen, Nierenversagen und Knochenkrankheiten (White 2015). Eine besonders starke Protestwelle erschütterte die Stadt 2014, als die Regierung die Errichtung eines zusätzlichen Wärmekraftwerks ankündigte (Bouraoue 2014). Der Bau wurde 2018 fertiggestellt. In Tunesien zeigt sich ein vergleichbares Bild in Gabès, einst eine einzigartige Küstenoase und nun eine der am stärksten verschmutzten Städte des Landes.⁷ Diese Verschmutzung führte zu Protesten der Stadtbevölkerung, aber auch von Bäuer:innen und Fischer:innen aus dem Umland. Diese fordern seit über 30 Jahren eine Kompensation für verseuchte und daher unverkäufliche Produkte (Blaise 2020b; Robert 2021). Die Proteste werden teilweise von Auseinandersetzungen um Land und Wasserressourcen überlagert, da die Wasserbohrungen der Industrie lokale Brunnen, aber auch noch erhaltene Teile der Oase zunehmend austrocknen.

Land- und Wasserproteste

In ländlichen Protesten gegen die Enteignung und Privatisierung von Land und Wasserressourcen werden Forderungen nach lokaler Souveränität über Gemeinschaftsgüter besonders deutlich. Auch diese Proteste nahmen in den vergangenen Jahrzehnten merklich zu. Grund hierfür sind neben historisch begründeten Ansprüchen auf bereits verstaatlichtes Agrarland die zunehmende Umwidmung von noch bestehenden Allmenden in Bau- und Industrieflächen sowie der disproportional hohe Wasserverbrauch von Minenindustrie und Exportlandwirtschaft. Dieser trägt neben regelmäßigen Ausfällen der Trinkwasserversorgung auch zu sinkenden Grundwasserspiegeln bei (Mayaux/Rousseau 2021). Die Proteste werden in erster Linie von Kleinbäuer:innen und landlosen Arbeiter:innen getragen, die sich neben ihren Lebensgrundlagen auch ihres soziokulturellen Erbes beraubt sehen. Dabei handelt es sich jedoch weniger um eine einheitliche Bewegung als vielmehr um eine Vielzahl lokaler Proteste, deren Forderungen stark von den jeweiligen spezifischen örtlichen Umständen geprägt sind und die vorrangig auf nachbarschaftlichen Netzwerken beruhen.

Der Protest der agropastoralen Bevölkerung im marokkanischen Imider ist emblematisch für diese Form der Proteste. Sie richtet sich gegen Managem,

7 Nach offiziellen Angaben pumpte die CPG 2017 täglich 14.000 Tonnen Phosphorgips in den Golf von Gabès (Arabnews 2017).

den Betreiber der größten Silbermine Afrikas. Die Mine generiert keine nennenswerten Beschäftigungsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung, hat aber verheerende Auswirkungen auf die Natur. Konkret führen ihre Wasserbohrungen zu einer Trockenlegung des traditionellen Bewässerungssystems. Die für die Herauslösung des Silbers verwendeten Chemikalien verseuchen zugleich die umliegenden Böden (Bouhmouch/Bailey 2015). In einem fast zehn Jahre währenden Sit-in forderte die Bevölkerung Reparationen für Umweltschäden, Stipendien für Studienzwecke, bessere Bildungschancen sowie einen gerechten Anteil der Gewinne aus dem Silberabbau, der zudem nachhaltiger gestaltet werden soll. Dabei bekamen die lokalen Souveränitätsansprüche zunehmend eine ethnische Komponente, befeuert von Narrativen einer bereits Jahrhunderte währenden Unterdrückung der ansässigen Amazigh (auch Berber genannt) durch Kolonialismus, Arabisierung und Zentralstaatlichkeit (El Khallaoui/Bogaert 2019). Ähnliche Protestdynamiken sind bei der Errichtung des Sonnenkraftwerks Noor in Ait Oukroun zu beobachten. Das halbstaatliche, unter anderem mit Investitionen aus Deutschland finanzierte Projekt wurde auf ehemaligem Gemeinschaftsland errichtet. Dies wurde von fortwährenden Demonstrationen und Hungerstreiks gegen die mangelnde Entschädigung sowie gegen die Verarmung der lokalen Gemeinschaft begleitet (Rignall 2021). Daneben gibt es Wasserproteste in Reaktion auf die exportorientierte Agrarwirtschaft. In Zagora, nahe der algerischen Wüste, fordert die lokale Bevölkerung in sogenannten »Durstprotesten« ihr Recht auf Trink- und Bewässerungswasser ein. Grund für den Wassermangel ist der Anbau von Melonen für den europäischen Markt, der beinahe die kompletten Wasserreserven der semiariden Region in Anspruch nimmt. Neben seinen Folgen für Natur und Bodenqualität bedroht dieser Anbau auch die Menschen in ihrem Überleben (Bossenbroek et al. 2023). Ein ähnliches Bild ließe sich für Tunesien zeichnen, wo die öffentliche Wasserversorgung in ländlichen Gebieten oft wochenlang unterbrochen ist. Im benachbarten Algerien gibt es bereits seit über 20 Jahren gewaltsame Auseinandersetzungen um Wasserressourcen, insbesondere an den Erdölstandorten (Eugene 2020).

Eine spezifische, radikale Form der Landproteste findet sich in Tunesien. Hier besetzten im Zuge der Aufstände 2011 landlose Kleinbäuer:innen über 70.000 Hektar staatlichen, teils an private Investor:innen verpachteten Landes (Elloumi 2013). Begründet wurden diese Proteste mit Narrativen eines historischen Anrechts auf das Land und dessen (gemeinschaftliche) Nutzung, kombiniert mit Verweisen auf Unterdrückungserfahrungen durch Kolonialmacht und Nationalstaat (Gana/Taleb 2019). Während die meisten Besetzungen von

einzelnen Familien getragen wurden, gab es auch eine Reihe kollektiver Aktionen, die zwischen wenigen Tagen und mehreren Jahren andauerten. In einem einzigen Fall, der Oase Jemna in Südtunesien, konnten die Bewohner:innen das Land bis heute halten. Die Dattelpflanzung wird seither kollektiv bewirtschaftet. Die Verwaltung der Einnahmen sowie deren Nutzung zur Umsetzung lokaler Entwicklungsprojekte obliegen einer eigens gegründeten Gemeinschaftsorganisation (Kerrou 2021). Auch wenn die Zukunft der Oase derzeit noch offen ist, konnten die anhaltenden Landproteste in Tunesien eine Debatte über lokale Ressourcensouveränität und Entwicklung anstoßen, die sich auch in der Gesetzgebung niederschlug.

Lokale Ressourcensouveränität als Teil einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung

Die sich zuspitzenden Ressourcenproteste in Nordafrika zeigen die Grenzen dessen auf, was seinerzeit in der Logik der NIEO mit dem Prinzip der Ressourcensouveränität erreicht werden sollte: Durch die Nationalisierung zentraler Ressourcen sollte die Hierarchie zwischen Ausbeuter:innen und Ausgebeuteten aufgelöst werden. Stattdessen verdeutlichen die Narrative von *hogra* und erfahrener ethnischer Unterdrückung, dass sich am zugrunde liegenden strukturellen Problem – nämlich der mit der extraktivistischen Wirtschaftsweise einhergehenden, allumfassenden Gewalt gegen Territorien, Bevölkerungsgruppen und individuelle Körper (Acosta 2018) – wenig geändert hat. Richtete sich der Widerstand in den Jahren nach den Staatsgründungen beinahe ausschließlich gegen die ehemaligen Kolonialmächte, so stehen heute größtenteils die Nationalstaaten und die mit ihnen verbundenen Eliten selbst im Zentrum der Forderungen und Vorwürfe. Vor dem Hintergrund der internationalen und transnationalen Dimensionen der Konflikte stellt dies für die nordafrikanischen Staaten ein konkretes Problem dar: Während ihre Regierungen bei der Verteilung der Rohstofflöse einen gewissen Handlungsspielraum haben, ist dieser aufgrund der globalen Wirtschaftsverflechtungen in Bezug auf tiefgreifende strukturelle Veränderungen stark begrenzt (Feichtner 2016). Das offenbart sich nicht zuletzt im begrenzten Repertoire an Reaktionen der Staaten auf die genannten Proteste: Diese bewegen sich – unabhängig von der Regierungsform – zwischen punktuellen, wenig nachhaltigen Zugeständnissen (wie der Schaffung fiktiver Arbeitsplätze) und der gewaltförmigen Unterdrückung der Proteste. Dass dieser eingeschränkte

Handlungsspielraum die Staaten von innen her zutiefst angreifbar macht, verdeutlichte spätestens der sogenannte Arabische Frühling.

Tatsächlich gibt die Geschichte der NIEO insofern recht, als das Prinzip der Ressourcensouveränität allein – also losgelöst von einer globalen Umverteilung von Rechten und Ressourcen – das gewünschte Ziel gar nicht erreichen konnte. Daher wäre es auch verkürzt, daraus zu schließen, dass lediglich die staatliche Ressourcensouveränität erneut gestärkt werden muss. Im Unterschied zu den 1970er Jahren sind heutige Debatten und Bewegungen viel stärker von mega-regionalen Handelsabkommen und Schiedsgerichtsverfahren bestimmt. Heutige Proteste sehen Ressourcen nicht mehr – wie noch in den 1970er Jahren – als Mittel zur Erfüllung nationaler Interessen an, sondern stellen das Recht auf Selbstbestimmung lokaler Gemeinschaften und ethnischer Minderheiten in den Vordergrund. Sie verweisen damit auf eine Lücke in den Debatten um die NIEO, nämlich deren Auslassung der Frage, ob und inwieweit die Umsetzung der Ressourcensouveränität auch eine sozial gerechte Umverteilung in Ländern des Globalen Südens befördert. In den damaligen NIEO-Debatten fand wenig Beachtung, dass Ressourcensouveränität ohne lokale Autonomie und selbstbestimmte Handlungsfähigkeit von Bevölkerungen (die von den negativen Konsequenzen des Extraktivismus betroffen sind) unzureichend ist. Insbesondere in Bezug auf Land und Wasser ist lokale Ressourcensouveränität häufig schon zu einer existenziellen Frage geworden: Staatsbürger:in zu sein bedeutet nur wenig, wenn der Staat lebenswichtige Ressourcen zu einem selbst definierten, angeblich öffentlichen Nutzen enteignen kann oder Gemeinschaftsland aufgrund von Umweltbelastungen oder Wassermangel nicht mehr zum Anbau von Nahrungsmitteln genutzt werden kann.

Obwohl die NIEO diese Frage der lokalen Souveränität aussparte, lohnt sich ein genauerer Blick auf die damaligen Debatten. Tatsächlich gibt es in der Diskussion um Ressourcensouveränität seit jeher zwei Positionen (Gilbert 2013): Fürsprecher:innen der NIEO betonten das Recht von Staaten, auf ihrem Territorium Souveränität über Ressourcen auszuüben. Dagegen hob die sich zeitgleich entwickelnde Menschenrechtsagenda die individuelle Souveränität und den damit einhergehenden Partizipationsanspruch Einzelner hervor. Letztere Position erlangte offensichtlich in der Praxis weitaus weniger Bedeutung. So bleiben im internationalen Wirtschaftsrecht allein Staaten legitimiert, Investitions- und Handelsentscheidungen in Bezug auf Ressourcenextraktion zu treffen. In internationalen Schiedsgerichten sind ausschließlich Unternehmen und Staaten als Parteien vorgesehen. Dies wird insbesondere dann zu einem Problem, wenn Staaten den Willen einzelner

Bevölkerungsgruppen unzureichend repräsentieren. Lokale Bevölkerungen haben oft nur begrenzte Möglichkeiten, gegen die Erschließung neuer Abbaugebiete oder die Vergabe von Lizenzen, gegen ein wenig nachhaltiges Wassermanagement oder intransparente Landumwidmungs- und Vergabeverfahren vorzugehen. Zwar setzen inzwischen auch in den autoritären Staaten Nordafrikas fast alle Projekte auf sogenannte Bürgerbeteiligung, doch handelt es sich dabei per Definition meist um freiwillige und begrenzte Interventionen, die oft erst einsetzen, wenn Entscheidungen bereits getroffen wurden. Damit offenbart sich ein bislang nicht gelöstes Repräsentationsproblem: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker impliziert, dass diese Selbstbestimmung durch das Volk erfolgt. Dies ist in autoritär-extraktivistischen Systemen aber nicht möglich, da der Staat den Willen des Volks unzureichend repräsentiert.

Um die innerstaatlichen Ressourcenkonflikte und die damit einhergehende Destabilisierung der betroffenen Gesellschaften zu entschärfen, bedarf es zweierlei: Erstens einer erneuten Politisierung der Ressourcenkonflikte auf internationaler Ebene und zweitens eine proportionale politische und wirtschaftliche Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen an Abbauprojekten. Im Sinne einer neuen Weltwirtschaftsordnung – einer NIEO² – bedeutet das konkret die Schaffung rechtlich bindender Abkommen, die es erlauben, Zweitstaaten und dort ansässige Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen (siehe Dohmen in diesem Band). Einen ersten Ansatzpunkt hierfür bieten die internationalen Abkommen zum Schutz der Rechte indigener Völker. Auf deren Grundlage haben indigene Bevölkerungen in Einzelfällen bereits erfolgreich lokale Ressourcensouveränität beansprucht (Gilbert 2013). Anstatt jedoch eine weitere Ethnisierung von Konflikten voranzutreiben, wie sie auch in Nordafrika seit einigen Jahren zu beobachten ist, gilt es generell, Bevölkerungen in unmittelbarer Nähe zu natürlichen Ressourcen dazu zu befähigen, sich auf ihre Rechte zu berufen. An diesem Punkt zeigt die Bewegung für Nahrungsmittelsouveränität Möglichkeiten auf, etwa wenn sie das Menschenrecht auf Nahrung mit dem Recht auf Selbstbestimmung kombiniert (siehe Karadag in diesem Band). Die Stärkung der lokalen Ressourcensouveränität auf internationaler Ebene ist selbstverständlich nur wenig aussichtsreich ohne eine Demokratisierung der innerstaatlichen Verhandlungen von Ressourcenkonflikten. Hierzu bedarf es in erster Linie einer höheren Transparenz bezüglich der rechtlichen Grundlagen getroffener Abkommen, aber auch der Zahlungen von Unternehmen an Rohstoffstaaten und ihrer erwirtschafteten Einkünfte (siehe hierzu Feichtner 2016; Rignall 2021).

Proteste im Kontext der sich verschärfenden Klimakrise zeigen zudem, dass die NIEO mit ihrem Verständnis von natürlichen Ressourcen als neu zu regulierende Waren zu kurz griff. Stattdessen muss eine NIEO² natürliche Ressourcen als Güter konzipieren, die es zum Wohle der Allgemeinheit zu erhalten und zu schützen gilt. Zwar stellen die meisten Proteste in Nordafrika weder die Ressourcenextraktion noch das kapitalistische Wirtschaftssystem an sich infrage (Mayaux/Rousseau 2021). Gleichzeitig richten sie sich aber explizit gegen deren Auswirkungen: die Verarmung weiter Landstriche, Naturzerstörung und damit einhergehende gesundheitliche Belastungen sowie die unwiderrufliche Erschöpfung von Rohstoff- und Wasservorkommen. Diese Folgen eines ökologisch ungleichen Tauschs zwischen Globalem Norden und Globalem Süden (siehe Pichler in diesem Band) bilden sich weder in den Rohstoff- und Konsumpreisen ab, noch können die beteiligten Investor:innen und Zweitstaaten für ihren Anteil an diesen Folgen zur Verantwortung gezogen werden. Das macht deutlich: Wenn Staaten Ressourcen in einer Art und Weise nutzen, die eine Degradierung oder gar den Verlust von Lebensraum mit sich bringt und damit fundamentale territoriale Interessen aufs Spiel setzen, muss die Ressourcensouveränität durch bindende Naturschutzabkommen begrenzt werden.

Schlussendlich muss eine solidarische und ökologisch verträgliche Weltwirtschaftsordnung auch Raum für die Entfaltung alternativer Entwicklungsmodelle schaffen. Insbesondere in Tunesien, das nach den Umbrüchen 2011 ein Jahrzehnt der demokratischen Öffnung erleben durfte, hat sich diesbezüglich eine rege Debatte entwickelt. So plädieren Forscher:innen des 2017 gegründeten »Observatoire de la Souveraineté Alimentaire et de L'Environnement« (OASE) für ein radikal neues Entwicklungsmodell, das Nahrungsmittelsouveränität und Naturschutz in den Mittelpunkt stellt. OASE fordert in seiner Charta, dass die Nahrungsproduktion sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Natur orientieren müsse, nicht an kapitalistischer Wertschöpfung (OASE o.J.). Natürliche Ressourcen dürfen demnach kein Eigentum privater Investor:innen oder eines Agrobusiness sein (ob national oder international). Auch der internationale Handel bedürfe einer Regulierung und Begrenzung, um neue Politiken des »delinkings« (Amin 1990) zu ermöglichen. Andere zivilgesellschaftliche Organisationen wie das »Forum Tunesien pour les Droits Economiques et Sociaux« setzen sich für universelle öffentliche Dienstleistungen – wie Gesundheitsfürsorge und Bildung – ein, für angemessene Arbeitsbedingungen sowie eine Grundsicherung für Menschen, die nicht arbeiten können. Schließlich veröffentlichte das

»Observatoire Tunisie de l'Economie« (OTE) jüngst eine Studie mit dem Titel »Heraus aus dem Internationalen Währungsfonds«, die eine breite Palette an Alternativen zu Strukturanpassungs- und Austeritätsmaßnahmen diskutiert (OTE 2023). Solche ideellen und faktischen Kämpfe vor Ort müssen durch Solidarität, innovative Lösungen und klare, praktische Vorschläge unterstützt werden.

Literatur

- Acosta, Alberto (2018): Extraktivismus als Ausdruck Globaler Unterdrückung. In: *Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung*, 2, 18–19.
- Ajl, Max/Haddad, Bassam/Abul-magd, Zeinab (2021): State, market, and class. Egypt, Syria, and Tunisia. In: Beinin, Joel/Haddad, Bassam/Seikaly, Sherene (Hg.), *A critical political economy of the Middle East and North Africa*. Stanford: Stanford University Press, 46–67.
- Allal, Amin/Bennafla, Karine (2011) : Les mouvements protestataires de Gafsa (Tunisie) et Sidi Ifni (Maroc) de 2005 à 2009. In : *Revue Tiers Monde*, HS (5), 27–45.
- Altarhoni, Salwa (2017): الرافضون لعرض الحكومة يعتصمون قرب محطة اعتصام الكامور: ضخ البترول [Sit-in in El Kamour: Diejenigen, die den Vorschlag der Regierung ablehnen, protestieren in der Nähe der Ölpumpstation]. In: *Tunesien.tn* vom 18.5.2017. <https://www.tunisien.tn/تونساعتصامالكامورالرافضون> (Zugriff am 2.3.2023).
- Amin, Samir (1990): *Delinking: Towards a polycentric world*. London: Zed Books.
- Arabnews (2017): Tunisian beachside town fights industrial pollution. In: *Arab-news* vom 11.8.2017. <https://www.arabnews.com/node/1143186/middle-east> (Zugriff am 2.3.2023).
- Avermaete, Tom (2012): Excavating the company town: Small Moroccan mining cities in European Archives. In: Godoli, Ezio/Peyceré, David/Piaton, Claudine (Hg.), *Building beyond the Mediterranean: Studying the archives of European businesses (1860–1970)*. Paris: Publications de l'Institut national d'histoire de l'art, 118–125.
- Belakhdar, Naoual (2015) : »L'éveil du Sud« ou quand la contestation vient de la marge. In : *Politique Africaine*, 137 (1), 27–48.
- Berque, Jacques (1961) : L'Afrique Du Nord entre les deux guerres mondiales. In : *Cahiers Internationaux de Sociologie*, 30, 3–22.

- Blaise, Lilia (2020a): »Les habitants meurent à petit feu«. En Tunisie, le phosphate pollue l'air de Gabès. In: *Le Monde.fr* vom 2.1.2020. https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/01/02/les-habitants-meurent-a-petit-feu-en-tunisie-le-phosphate-pollue-l-air-de-gabes_6024638_3212.html (Zugriff am 2.3.2023).
- Blaise, Lilia (2020b): La Tunisie, autrefois leader dans le phosphate, doit désormais en importer. In: *Le Monde.fr* vom 6.10.2020. https://www.lemonde.fr/afrique/article/2020/10/06/la-tunisie-autrefois-leader-dans-le-phosphate-doit-desormais-en-importer_6054994_3212.html (Zugriff am 2.3.2023).
- Bossenbroek, Lisa/Ftouhi, Hind/Kadiri, Zakaria/Kuper, Marcel (2023): Watermelons in the desert in Morocco: Struggles around a groundwater commons-in-the-making. In: *Water Alternatives*, 16 (1), 87–107.
- Bouhmouch, Nadir/Bailey, Kristian D (2015): A Moroccan village's long fight for water rights. In: *Aljazeera.com* vom 13.12.2015. <https://www.aljazeera.com/economy/2015/12/13/a-moroccan-villages-long-fight-for-water-rights> (Zugriff am 2.3.2023).
- Boumiza, Khaled (2018): Tunisie: 13.500 reçoivent rémunération sans travailler et 113 plaintes déposées. In: *Africa Manager* vom 18.2.2018. https://africanmanager.com/17_tunisie-13-500-recoivent-remuneration-sans-travailler-et-113-plaintes-deposees (Zugriff am 2.3.2023).
- Bouraque, Tarek (2014): Safi, ville polluée, lutte pour sa survie écologique. In: *Telquel.ma*, 13.7.2014. https://telquel.ma/2014/07/30/safi-ville-polluee-lutte-survie-ecologique_141027 (Zugriff am 2.3.2023).
- Boysen, Sigrid (2014): Souveränität über natürliche Ressourcen im postkolonialen Völkerrecht. In: *Die Friedens-Warte*, 89 (3/4), 73–90.
- Camau, Michel (1997) : D'une république à l'autre. In : *Maghreb – Machrek*, 157 (3), 3–16.
- Cevital (o.J.) : Our establishments. <https://www.cevital.com/our-establishments/> (Zugriff am 2.3.2023).
- Chouikha, Larbi/Gobe, Eric (2009) : La Tunisie entre la »révolte du bassin minier de Gafsa« et l'échéance électorale de 2009. In : *L'Année du Maghreb*, 5, 387–420.
- Daoudi, Amina (2021): الرئيس تبون وافق على مطالب: مندوب وسيط الجمهورية بورقلة: شباب ورقلة [Vertreter des Obmudsmanns der Republik in Ouargla: Präsident Tebboune stimmt den Forderungen der Jugend von Ouargla zu]. In: *Ennahar Online* vom 27.7.2021. <https://www.ennaharonline.com/مندوب وسيط الجمهورية بورقلة الرئيس تب> (Zugriff am 2.3.2023).

- Echorouk Online (2015): الحكومة تعجز عن تحويل الجنوب إلى دبي أو كاليفورنيا [Die Regierung ist nicht in der Lage, den Süden zu einem algerischen Dubai oder Kalifornien zu machen] In: *Echorouk Online* vom 12.1.2015. <https://www.echoroukonline.com/تحويل-تعجز-عن-الحكومة-دبي-أو-إلى-الجنوب> (Zugriff am 2.3.2023).
- El Khalaoui, Soraya/Bogaert, Koenraad (2019) : Politiser le regard sur les marges. Le cas du mouvement »sur la voie 96« d'Imider. In : *L'Année du Maghreb*, 21, 181–191.
- Elloumi, Mohamed (2013) : Les terres domaniales en Tunisie. In : *Études rurales*, 192, 43–60.
- Eugene, Adam (2020): Algérie: Des morts et des blessés graves lors d'une manifestation contre la pénurie d'eau à Tinzaouatine. In: *Agence Afrique* vom 16.6.2020. <https://www.agenceafrique.com/24883-algerie-des-morts-et-des-blesses-graves-lors-dune-manifestation-contre-la-penurie-deau-a-tinzaouatine.html> (Zugriff am 2.3.2023).
- Fautras, Mathilde (2015): Injustices foncières, contestations et mobilisations collectives dans les espaces ruraux de Sidi Bouzid (Tunisie): aux racines de la »révolution«? In: *Justice spatiale/Spatial Justice*, 7. <https://shs.hal.science/halshs-01512399/preview/Fautras-JSSJ7-FR.pdf> (Zugriff am 6.6.2023).
- Feichtner, Isabel (2016): Der Kampf um Rohstoffe im Völkerrecht. In: *Verfassung und Recht in Übersee/Law and Politics in Africa, Asia and Latin America*, 49 (1), 3–15.
- Feltrin, Lorenzo (2018): The struggles of precarious youth in Tunisia: The case of the Kerkennah movement. In: *Review of African Political Economy*, 45 (155), 44–63.
- Gana, Alia/Taleb, Marouen (2019) : Mobilisations foncières en Tunisie : révélateur des paradoxes de l'après »révolution«. In : *Confluences Méditerranée*, 108 (1), 31–46.
- Ghanem, Dalia (2021): Algeria's Achilles' heel? Resource regionalism in Ouar-gla. Carnegie Middle East Center, 24.3.2021. <https://carnegie-mec.org/2021/03/24/algeria-s-achilles-heel-resource-regionalism-in-ouargla-pub-84157> (Zugriff am 2.3.2023).
- Ghilès, Francis/Woertz, Eckart (2018): Tunisian phosphates and the politics of the periphery. In: Verhoeven, Harry (Hg.), *Environmental politics in the Middle East*. Oxford: Oxford University Press, 53–74.
- Gilbert, Jérémie (2013): The right to freely dispose of natural resources: Utopia or forgotten right? In: *Netherlands Quarterly of Human Rights*, 31 (3), 314–341.

- Hamouchène, Hamza (2019): Extractivism and resistance in North Africa. Transnational Institute, 20.11.2019. <https://www.tni.org/en/publication/extrativism-and-resistance-in-north-africa> (Zugriff am 2.3.2023).
- Hannoum, Abdelmajid (2020): Living Tangier: Migration, race, and illegality in a Moroccan city. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Hibou, Béatrice (2015) : Le Bassin Minier de Gafsa en Déshérence. Gouverner le mécontentement social en Tunisie. In : Bono, Irene/Hibou, Béatrice/ Meddeb, Hamza/Tozy, Mohamed (Hg.), *L'état d'injustice au Maghreb : Maroc et Tunisie*. Karthala, 301–377.
- Kerrou, Mohamed (2021) : Jemna. L'oasis de la révolution. Tunis : Cérès éditions.
- Khoday, Kishan (2013): The emerging south and the evolution of sovereignty over natural resources. In: Bassiouni, M. Cherif/Joanna, Gomula/Mengozi, Paolo/Merrills, John G./Navia, Rafael Nieto/Oriolo, Anna/Schabas, William/Vigorito, Anna (Hg.), *The global community yearbook of international law and jurisprudence*. Oxford: Oxford University Press, 41–56.
- Mahdi Mohamed (2018) : Les campagnes marocaines... ces marges convoitées. In : *Revue Marocaine Des Sciences Politiques et Sociales*, 11 (XVI), 111–133.
- Mayaux, Pierre-Louis/Rousseau, Max (2021): Extracting the resource, extracting from the conflict. Regulating the overexploitation of mines and groundwater in Morocco. In: *Revue internationale de politique comparee*, 28 (3), 125–153.
- McCarthy, Rory (2022): Transgressive protest after a democratic transition: The Kamour Campaign in Tunisia. In: *Social Movement Studies*, 21 (6), 798–815.
- Meddeb, Hamza (2021): Life on the edge: How protests in Tataouine forced Tunis to back down. Carnegie Middle East Center, 1.2.2021. <https://carnegie-mec.org/2021/02/01/life-on-edge-how-protests-in-tataouine-forced-tunis-to-back-down-pub-83768> (Zugriff am 2.3.2023).
- Mills, Robin/Alhashemi, Fatema (2018): Resource regionalism in the Middle East and North Africa: Rich lands, neglected people. Brookings Doha Center, 3.4.2018. <https://www.brookings.edu/research/resource-regionalism-in-the-middle-east-and-north-africa-rich-lands-neglected-people/> (Zugriff am 6.6.2023).
- Naylor, Phillip Chiviges (2000): France and Algeria: A history of decolonization and transformation. Gainesville: University Press of Florida.

- OCP – Office Chérifien des Phosphates (o.J.): Partners and operations. <https://www.ocpgroup.ma/ocp-group-partners-and-operations> (Zugriff am 2.3.2023).
- OASE – L'Observatoire de la Souveraineté Alimentaire et de l'Environnement (o.J.) : La charte de l'OASE. <https://osae-marsad.org/la-charte-de-losae/> (Zugriff am 5.6.2023).
- OCA – Office Chérifien des Phosphates Africa (2019): Presence. Africa is our field of action. <https://www.ocpafrica.com/en/our-presence> (Zugriff am 2.3.2023).
- OTE – Observatoire Tunisien de l'Economie (2023): Sortir du FMI. Partie I: Diversifier. In: *Alternatives 1* vom 17.2.2023. https://www.economie-tunisie.org/fr/Sortir_du_FMI_Partie_1_Diversifier (Zugriff am 2.3.2023).
- Özsu, Umut (2023): The NIEO as Law. In: *Progressive International* vom 4.1.2023. <https://progressive.international/blueprint/d8457319-e3db-46de-a4ab-366ccc24c13e-zsu-the-nieo-as-law/en> (Zugriff am 2.3.2023).
- Pistilli, Melissa (2022): 10 Top Phosphate Countries by Production. In: *Investing News Network* vom 22.9.2022. <https://investingnews.com/daily/resource-investing/agriculture-investing/phosphate-investing/top-phosphate-countries-by-production/> (Zugriff am 2.3.2023).
- Rignall, Karen (2021): What Can an Old Mine Tell Us about a Just Energy Transition? Transnational Institute, 9.12.2021. <https://longreads.tni.org/mining-energy-transition-renewable-morocco> (Zugriff am 2.3.2023).
- Robert, Diane (2021): Contestations croisées des nuisances environnementales des industries et des injustices territoriales à Gabès et Kerkennah (Tunisie). In: *Justice Spatiale/Spatial Justice*, 16. <https://hal-sciencespo.archives-ouvertes.fr/ERC-TARICA/hal-03457133v1> (Zugriff am 6.6.2023).
- Saul, Samir (2016): Intérêts économiques français et décolonisation de l'Afrique du Nord (1945–1962). Genf: Droz.
- Sonatrach (2020): Annual report 2020. https://sonatrach.com/wp-content/uploads/2021/12/RAPPORT-ANNUEL-2020_EN.pdf (Zugriff am 2.3.2023).
- UN – Vereinte Nationen (1962): General Assembly Resolution 1803 (XVII) of 14 December 1962, »Permanent sovereignty over natural resources«. <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/general-assembly-resolution-1803-xvii-14-december-1962-permanent> (Zugriff am 6.6.2023).
- White, Natasha (2015): Toxic shadow: phosphate miners in Morocco fear they pay a high price. In: *The Guardian* vom 16.12.2015. <https://www.theguardian.com>

n.com/global-development/2015/dec/16/toxic-shadow-phosphate-miners-morocco-fear-they-pay-high-price (Zugriff am 5.6.2023).

Zghal, Abdelkader (1965) : Les effets de la modernisation de l'agriculture sur la stratification sociale dans les campagnes Tunisiennes. In : *Cahiers Internationaux de Sociologie*, 38, 201–206.

